

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Lara Evers (CDU)

Bürokratieabbau? Teil 5: Bürokratieabbau auf Kosten von Sicherheit und parlamentarischer Kontrolle?

Anfrage der Abgeordneten Lara Evers (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 08.10.2026

Die Landesregierung hat 272 Nachweis-, Dokumentations-, Evaluations- und Berichtspflichten auf eine erste Streichliste gesetzt. Darunter befinden sich auch Pflichten, die nach der eigenen Beschreibung der Landesregierung ausdrücklich der Informationssicherheit, der Meldung schwerwiegender Sicherheitsvorfälle oder der Kontrolle sicherheitsrelevanter Vorgänge dienen. So enthält die Liste u. a. Pflichten zur Dokumentation von Restrisiken, zur Unterrichtung über schwerwiegende Sicherheitsvorfälle und zur regelmäßigen Berichterstattung über den Stand der Informationssicherheit. Weitere Positionen betreffen Meldungen und die Dokumentation von IT-Sicherheitsvorfällen.

Dies fällt auf, weil die Landesregierung bei ihrem Dokumentationsmoratorium selbst erklärt hat, Pflichten sollten u. a. dann bestehen bleiben, wenn sie wegen erheblicher Sicherheitsrelevanz, des Bevölkerungsschutzes oder des Kernbereichs der Rechtspflege unverzichtbar seien.¹

Auf der Streichliste finden sich zugleich Informationspflichten gegenüber dem Landtag und seinen Ausschüssen. Dazu gehören beispielsweise Unterrichtungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen sowie die Unterrichtung des Landtages zu Ausführungen im Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz.²

1. Welche der 272 Positionen betreffen Pflichten, die nach ihrer bisherigen Zweckbestimmung der Sicherheit, der Informationssicherheit, der Strafverfolgung oder der Kontrolle sicherheitsrelevanter Vorgänge dienen, und welche dieser Pflichten sollen jeweils vollständig entfallen bzw. lediglich verändert werden?
2. Warum hat die Landesregierung solche Pflichten auf die Streichliste aufgenommen, obwohl sie selbst erklärt hat, insbesondere Pflichten mit erheblicher Sicherheitsrelevanz oder aus dringendem Steuerungsinteresse fortführen zu wollen?
3. Welche der 272 Positionen betreffen Informations- oder Berichtspflichten gegenüber dem Landtag oder seinen Ausschüssen, welche davon sollen gegebenenfalls entfallen bzw. eingeschränkt werden, und wie soll die bisher dadurch gewährleistete parlamentarische Information und Kontrolle künftig sichergestellt werden?

¹ https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/einfacher-schneller-gunstiger-landesregierung-beschliesst-weitreichenden-buerokratieabbau-und-fuehrt-kuenftige-berichtspflichten-bremse-ein-250503.html?utm_source=chatgpt.com, abgerufen am 30.9.2026

² https://www.stk.niedersachsen.de/download/232376/Anlage_-_1._Streichliste.pdf, abgerufen am 30.9.2026